

Antrag

der Abgeordneten Sandra Weeser, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Matthias Nölke, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Europas Bekenntnis zum Freihandel mit einem europäischen Kandidaten für die Welthandelsorganisation

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der Corona-Pandemie verstärkt sich die Krise der Welthandelsorganisation (WTO) und wird zu einer Gefahr für den freien und regelbasierten Handel. Viele Staaten erlassen Exportverbote und Lieferketten sind unterbrochen. Durch protektionistische Maßnahmen wird aber mehr Wohlstand auf der Welt vernichtet, als es die Corona-Pandemie selbst könnte. Gerade die schwächsten Länder der Welt würden abgehängt werden, wenn sich die Globalisierung zurückentwickelt und anstatt globaler Märkte, regionale oder nationale Märkte entstehen. Der freie und regelbasierte Handel ist auch weiterhin der beste Garant für eine friedliche und wohlhabende Welt und deshalb braucht die WTO eine starke und durchsetzungsfähige Generalsekretärin oder einen starken und durchsetzungsfähigen Generalsekretär mit der notwendigen Rückdeckung der WTO-Mitgliedschaft und einem leistungsfähigen und ausgeweiteten Sekretariat.

Die Zeit drängt, denn die Weltwirtschaft befindet sich in einer Rezession. Die WTO erwartet einen Rückgang des Welthandels von bis zu einem Drittel (www.wto.org/english/news_e/pres20_e/pr855_e.htm). Darüber hinaus ist die zweite Instanz des Schiedsgerichts der WTO durch eine Blockade der USA seit Ende 2019

arbeitsunfähig. Die nächste, für Sommer 2020 in Kasachstan geplante WTO-Ministerkonferenz, die auch grundlegende Reformen der WTO auf den Weg bringen sollte, ist verschoben worden: ob sie 2021 oder erst 2022 stattfinden wird, ist noch ungewiss.

Nun hat am 14. Mai 2020 der amtierende Generaldirektor Roberto Azevedo unerwartet seinen vorzeitigen Rücktritt zum 31. August 2020 bekannt gegeben. Obwohl Azevedo laut eigenen Aussagen damit vermeiden will, dass die Personaldebatte seiner Nachfolge sich mit der aufwendigen Planung der nächsten Ministerkonferenz überlappt, fällt sein Rücktritt in eine schwierige Zeit für die WTO. Für die Nachfolge müssen die Kandidaturen zwischen dem 8. Juni und dem 8. Juli 2020 gemeldet werden. In der Vergangenheit wechselten sich Vertreter von EU-Industrie- und Schwellenländern an der Spitze der Welthandelsorganisation ab.

Der Bundestag stellt fest, dass die Europäische Union einen europäischen Kandidaten oder eine Kandidatin vorschlagen muss. Die Europäische Union ist die am stärksten integrierte Freihandelszone der Welt, außerdem sind die Mitgliedstaaten der EU mit einem Anteil am Welthandel von über 30 Prozent die wichtigste Stimme in der WTO. Die USA haben einen Anteil von 14 Prozent, China einen Anteil von 13 Prozent am Welthandel. Ein Systemwettbewerb zwischen den USA und China darf nicht in und über die WTO ausgetragen werden. Die EU muss den weltweiten Freihandel mit mehr Engagement in der WTO retten. Statt wachsenden Protektionismus brauchen die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer eine vollständige Abschaffung aller Zölle, den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse und die Abschaffung aller handelsverzerrenden Subventionen. Freier und ungehinderter Handel, dessen Regeln von einer starken WTO überwacht werden, sind die Voraussetzung für fairen Wettbewerb weltweit.

Als größte Volkswirtschaft der Union muss die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft in diesem Sinne nutzen und kann mit dem Vorschlag eines gemeinsamen europäischen Kandidaten für den Posten des WTO-Generaldirektors ein wichtiges Zeichen an die Weltgemeinschaft senden. Der WTO-Generaldirektor ist die Stimme des freien Welthandels und dieser braucht heute eine stärkere und vernehmlichere Stimme mit politischer Hausmacht und mehr Ressourcen als je zuvor.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich im Rat der Europäischen Union für einen gemeinsamen europäischen Kandidaten für den Posten des Generaldirektors der WTO einzusetzen;
2. den Einigungsprozess auf einen europäischen Kandidaten für den Posten des Generaldirektors der WTO mit diplomatischen und politischen Mitteln voranzutreiben und die EU-Ratspräsidentschaft dafür zu nutzen;
3. in Zeiten der globalen Herausforderung und des Systemwettbewerbs zwischen den USA und China einen Kandidaten der Mitte aufzustellen, der einen entschiedenen Einsatz für den freien, offenen und regelbasierten Welthandel bringen kann;
4. das Sekretariat der WTO finanziell besser auszustatten, um dadurch die Aktivitäten der WTO in den Mitgliedsländern zu erhöhen.

Berlin, den 29. Juni 2020

Christian Lindner und Fraktion